

# Rieser und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger) Tagesblatt

Druckanstalt  
Tagesblatt Rieser,  
Ramsau Nr. 22,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weissen Seebestellungsamt bestimmt.

Postkonton:  
Rieser 1890,  
Straßen:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 14.

Montag, 18. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,24 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachlieferung vor. Bezugspreis für die 22 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Lieferungsbedingungen: Rieser, Kärntnerische Druck- und Verlagsanstalt, Rieser, Postfach Nr. 22. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Druck- und Verlagsanstalt: Rieser, Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Reichsanzeiger bleibe hart!

Von der Pressestelle des Bundespräsidenten wird uns geschrieben:

Der Kampf um die Streichung der Reparationsbeiträge, der in den nächsten Tagen in Döms, hoffentlich zum letzten Mal, über die internationale Ebene gehen wird, hat auch eine wichtige sozialpolitische Seite, die leider in den Jahren nach dem Kriege und bei den freien Gewerkschaften bis in die letzte Zeit hinein von der organisierten deutschen Arbeiterschaft verkannt worden ist. Man stand in gewerkschaftlichen Kreisen der Reparationsfrage ziemlich gleichgültig gegenüber, wenn man nicht gar, wie im Lager der sozialistischen Gewerkschaften, in einer besonderen Spielart der Erfüllungspolitik lange Zeit sogar eine moralische Verpflichtung zur Bezahlung der Reparationen anerkannte und daher auch das Tributproblem nicht anrührte. Diesem Reiz man bei den Gewerkschaften auf den Standpunkt: Der deutsche Kapitalist kann schon zahlen, und gehen die Tribute nicht als Verhältnismaß wenig und spät hat man sich im gewerkschaftlichen Schrifttum und auf den Kongressen der Organisationen mit der sozialpolitischen Tragweite der Reparationszahlungen auseinandergesetzt und sich klar gemacht, daß diese Zahlungen notwendig den Lebensstandard des deutschen Volkes verengern, seine Lebenshaltung herabdrücken, die Verbesserung der deutschen Wirtschaft bei weiterer Erfüllung vergrößern und den Hins verzeichnen, oder aber zu Krisen oder Krisenverschärfung führen müßten — alles mit in erster Linie auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft. Verhältnismäßig spät erst leuchtete dem Gewerkschaftler ein, daß die Ausweitung der Tributzahlungen nicht nur den Kapitalisten trifft, sondern auch den Arbeiter schlägt, daß die innerpolitisch erkämpften sozialen Errungenschaften unter der räubigen Tributabspaltung einstrumpfen müßten, daß sich der Arbeiter der Verletzung von Ursachen und Wirkungen in der Wirtschaft durch noch so demokratisch ausgearbeitete Sozialmonopole nicht entziehen kann.

Erst in letzter Zeit ist auch bei den deutschen Gewerkschaften die Erkenntnis allgemein, daß auch über der Sozialpolitik der Primat der Außenpolitik steht und Solidarität der Nation gegen den Ausbeutungsdruck der Tribute sozial ist als die bloße internationale Solidarität der sozialen Klassen, die Reis vor der Aufgabe, die Reparationen aus der Welt zu schaffen, schwächlich verlangt hat.

Zum ersten Male verfügt eine deutsche Regierung nun auch über die soziale Solidarität der ganzen Nation in der Ablehnung der Tribute. Zwischen Unternehmern und Arbeitern gibt es in dieser Frage keinen Gegensatz mehr, sondern nur noch eine Einheitsfront, die der politischen Auswertung durch eine tatkräftige und kluge Politik harret, die mit ihrer Ablehnung, weiterhin Reparationen zu zahlen, gleichzeitig national und sozial handelt. Wenn der Führer der deutschen Regierung, der schon in seiner sozialen Arbeit um die sozialpolitische Tragweite der Reparationen tiefer und verantwortungsvoller gewirkt hat als andere, am Verhandlungstisch von Döms sitzen wird, so wird ihm in dem schweren Ringen, das ihn erwartet, nicht nur die Ehre und Freiheit der Nation und die Befreiung der deutschen und internationalen Wirtschaft von einem Krisenherd Ansporn und Kraft sein, sondern auch die Vision eines krisen-geschützten, von Arbeitslosigkeit geschützten Volkes, an dessen sozialer Not die Reparationen ein gerüttelt Teil Schuld tragen. Wir möchten dem internationalen Arbeitssamt, das sich oft vergebens nach aktueller Arbeit umgesehen scheint, eine Idee und Aufgabe zur Verfügung stellen: Die größte Tat auch der internationalen Sozialpolitik nicht nur im Jahre 1932, sondern überhaupt nach dem Kriege würde die Befreiung der Reparationen sein.

## Ein neuer Mussolini-Artikel.

„Nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Abdrückung muß kommen.“

London. In einem ausschließlich im Sunday Dispatch erscheinenden Artikel beschuldigt sich Mussolini mit der Wirtschaftskrise und den Mangelheiten zu ihrer Behebung.

Die Weltkrise, so schreibt der italienische Ministerpräsident, habe nun denjenigen Punkt erreicht, wo die wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Hilfsmittel nicht mehr ausreichen hätten keinen Zweck mehr. Die Entschlüsse müßten rasch gefaßt werden. Der Weltmarkt befindet sich jetzt in einer Zwangslage. Überall seien hohe Zollmauern aufgerichtet; kein Land wolle mehr Waren herablassen, aber so viel als möglich ausführen. Dazu komme die Frage der Kriegsschulden und Tribute. Frankreich und Amerika seien im Besitz von 75 v. D. des Geldes. Wie kann man erwarten, so sagt Mussolini, daß die Staaten ihre Schulden bezahlen, wenn sie die Zahlungen nur in Gold leisten dürfen, das sie nicht besitzen. In Waren zu bezahlen, sei auch unmöglich, weil die Zollmauern ihrer Gläubigerstaaten so hoch seien, daß keine Waren die Grenzen überschreiten können. Seit einigen Monaten sei die Welt in einen wirtschaftlichen Kriegszustand getreten. Wie bei Ausbruch eines Krieges diplomatische Verträge, so habe man jetzt Handelsverträge zerissen. Schon hätten Spanien und Frankreich ihre Handelsverträge mit Italien gekündigt und die Schweiz habe ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland abgebrochen. In Kürze werde dieser wirtschaftliche Kriegszustand in der ganzen Welt verbreitet sein. Es sei nichts anderes als eine Rückkehr zu den besetzten Städten des Mittelalters. Die Zeit sei nun gekommen, so heißt der italienische

## Hilferuf der Gemeinden. Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister.

Die finanzielle Notlage der meisten deutschen Gemeinden und besonders der Großstädte hat die Selbstverwaltungskörper der Gemeinden erneut beim Reichsfinanzministerium vorstellig werden lassen. Dabei haben die Vertreter der deutschen Städte darauf hingewiesen, daß zu den bereits erfolgten weitere dringliche Hilferufe an die Reichsregierung in kürzester Zeit unvermeidlich sein werden. Es ist allgemein anerkannt auch von der Reichsregierung, daß man mit einem Gesamtschuldenbetrag der deutschen Gemeinden von 225 bis 250 Millionen Reichsmark rechnen muß. Bei einer ganzen Reihe von Gemeinden, hauptsächlich Industrieorten, die durch Arbeitslosigkeit fast betroffen sind, wachsen die Wohlfahrtslasten so sehr, daß sich die Gemeinden nicht mehr selbst helfen können. Es ist vielfach nur noch eine Frage von Wochen, häufig nur noch von Tagen, daß die Stadtverwaltungen vor leeren Kassen stehen. Es werden seit langem schon keine Aufträge mehr herausgegeben, die Bezahlung von Rechnungen wird hinausgeschoben, die Zahlung der Beamtengehälter erfolgt in sechs bis acht Raten. Es bleibt aber die Notwendigkeit, die Linsen der öffentlichen Anleihen zu zahlen und es müssen die Wohlfahrtsunterstützungen gezahlt werden. Die Einstellung der Zinsenzahlung ist volkswirtschaftlich und kreditpolitisch außerordentlich bedenklich. Eine Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung erscheint nicht mehr möglich, da ein solcher Erwerbsloser durchschnittlich täglich nur noch eine Mark von der Gemeinde erhält.

Auf diese schwierige Lage ist die Reichsregierung aufmerksam gemacht worden. Sie hat Anfang Dezember er-

klärt, daß durch die vierte Notverordnung der Reichshaushalt saniert werde, auch wenn die Gemeinden infolge der Steigerung ihrer Wohlfahrtslasten unterdrückt werden müßten. Die Gemeinden glauben, daraus das Recht herleiten zu können, vom Reich zu verlangen, die Gemeinden in härterem Maße bei der Erfüllung ihrer Wohlfahrtsleistungen zu entlasten. Die Gemeinden haben weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsüberweisungen — Einkommens-, Umsatz- und Körperschaftsteuern — an denen Länder und Gemeinden beteiligt sind, vor drei Jahren das Niveau der gemeindlichen Wohlfahrtslasten ausmachten, heute aber nur noch 75 v. D. Das beweist am besten die ungenügende Steigerung der Wohlfahrtslasten und den ständigen Rückgang der Ueberweisungen.

Die Reichsregierung hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß sie nicht in der Lage sei, den Gemeinden zu helfen. Die Vertreter der deutschen Gemeinden führen dagegen zur Begründung ihrer Auffassung an, daß durch die vierte Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge nur noch je ein Drittel der Arbeitslosen sei und das letzte Drittel voll von den Gemeinden unterhalten werden müsse. Das Reich könne nicht die Gemeinden sich selbst überlassen, nachdem es an Kosten der Gemeinden Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge saniert habe. Es sei jedenfalls für die Gemeinden unmöglich, jährlich eine Million Mark für Wohlfahrtsfürsorge aufzubringen.

Die Verhandlungen, die bisher zu keinem Ergebnis führten, werden bereits in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

## Ausgangspunkt der Lausanner Konferenz: Deutschland kann nach Ablauf des Hoover-Moratoriums keine Tribute zahlen.

London. Die „Times“ erklärt in einem Leitartikel, man könne sich kaum vorstellen, daß die verdrängten politischen Zahlungen, abgenommen in einem kleinen Umfange, wieder beginnen dürften, nachdem sie einmal durch die grobherzige Geste Hoovers eingestellt worden seien. Es verlöre sich viel Zeit und Geld zu verwenden, um eine Dauerlösung herbeizuführen, die von allen angenommen werden würde. Sollte sich jedoch herausstellen, daß eine Einigung im Augenblick nicht erreicht werden kann, so werde es das Beste sein, eine kurze Verlängerung des Hoover-Moratoriums herbeizuführen, die verbunden sein muß mit dem besten Versprechen aller Beteiligten, daß sie sich im Laufe dieses Jahres erneut treffen, um eine Endlösung zu erreichen. Die unbestreitbare Tatsache, daß Deutschland nach Ablauf des Hoover-Moratoriums keine Tribute zahlen könne, müsse der Ausgangspunkt der Lausanner Konferenz sein. Dies habe auch Frankreich anerkannt und man müsse hoffen, daß Frankreich es für ratsam halte, sowohl hinsichtlich der mit dem Datum des 1. Juli im Zusammenhang stehenden Fragen als auch hinsichtlich der größeren Fragen über die Wiederaufnahme der Zahlungen nach Beendigung der Krise zu einer Einigung zu kommen. England verleihe völlig die Gründe, die gegen eine Aufgabe der Rechte aus dem

Young-Plan sprechen. Es sei sich auch darüber klar, daß Deutschland im Falle einer völligen Schuldentilgung viel geringere innere Schulden haben würde als seine industriellen Begleiter.

Die „Times“ erinnert dann daran, daß England sich Reis für eine allgemeine Schuldentilgung eingesetzt habe. Die Zahlung der Regierungsschulden habe nicht nur die Weltwirtschaft allgemein getroffen, sondern auch den Ländern große Schwierigkeiten in ihren Staatshaushalten bereitet, zu denen das Gold hinzieht.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meint, es sei Tatsache, daß sich Frankreich und Deutschland schon damit abgefunden hätten, daß auf der Lausanner Konferenz nur vorläufige Maßnahmen getroffen werden würden. Er rechnet damit, daß Föhler wegen einer möglichen Verlängerung des Hoover-Moratoriums schon jetzt ausgerekret werden.

„Economist“, die Finanzwochenchrift Sir Walter Bantons, stellt die Lage so dar, daß Deutschland entweder einen Plan annehme, der die Wiederaufnahme allerdings wesentlich herabgesetzter Zahlungen in der Zukunft vorsehe oder der englischen Unterstützung gegenüber größeren Forderungen verläßlich gehen werde.

Ministerpräsident fest, daß die Staatsmänner zusammenkommen und den Wirtschaftskrieg beendigen. Besonders die Goldfrage müsse dringlich behandelt werden. Wenn eine wirkliche Lösung der Wirtschaftskrise sei nicht möglich, so lange Frankreich und Amerika das Goldmonopol hätten. Die Zollmauern müßten heruntergelassen werden, damit der Weltmarkt wieder in Schwung komme und die Staaten ihre Zahlungen in Waren leisten könnten.

Eine besondere Note erhalten diese Ausführungen Mussolinis durch den Bericht des römischen Korrespondenten des „Observer“. Dieser schreibt:

In der italienischen Hauptstadt bestehen ernste Besorgnisse wegen der europäischen Lage in der nahen Zukunft, wenn die angebliche Krise während dieses Jahres fort-dauert. In Rom ist man der Ansicht, daß die Völker Europas keinen Arbeitslosenwinter mehr hinnehmen und kein Not so ruhig ertragen werden, wie sie es in diesem Winter erduldet haben. Diese Besorgnungen werden eines der Argumente Italiens für Streichung der Schulden bilden, wenn die Lausanner Konferenz zusammentritt.

## Solche Behauptungen über die Veröffentlichung der Reichsanzeigerklärung.

Berlin. (Frankfurt.) In einer Reihe von Behauptungen werden an die Veröffentlichung der Reichsanzeigerklärung über die deutsche Zahlungsmittelnot eine Reihe von Behauptungen geknüpft, die, wie von unabhängiger Seite ausdrücklich festgestellt wird, unzutreffend sind. Wenn behauptet wird, daß der polnische Gesandte in Berlin von dem fran-

zösischen Botschafter in Berlin unterrichtet worden sei und die vorzeitige Veröffentlichung der Reichsanzeigerklärung veranlaßt habe, so ist an dieser Behauptung kein wahrer Kern. Deshalb ist auch die weitere Behauptung völlig unrichtig, daß Reichsanzeigerklärung wegen angeblicher In-diskretion des französischen Botschafters Schritte in Paris unternommen habe.

## Schlechte Gerüchte über die Kassenlage des Reiches.

Berlin. (Frankfurt.) Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß infolge ungünstiger Kassenlage des Reiches beabsichtigt sei, die Gehälter der Reichsbeamten zu kürzen oder nicht voll auszuzahlen. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Es schweben in der Reichsregierung keinerlei Ermordungen in dieser Richtung.

## Preussische Wahlen am 8. Mai.

Gleichzeitig mit Württemberg und Kurland.

In Berlin. Die Unsicherheit über die kommende Reichspräsidentenwahl hat zu neuen Ermordungen über den Termin der Wahlen in Preußen geführt. Die preussische Regierung hat als Termin für die Wahlen den 8. Mai in Aussicht genommen. Wahrscheinlich werden auch in Württemberg und in Kurland die Landtagswahlen am gleichen Tag stattfinden.

Der Termin des 8. Mai war von der preussischen Regierung mit der Reichsregierung schon vor längerer Zeit vereinbart worden, und zwar unter der Voraussetzung, daß die beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl am 18. März und am 11. April stattfinden.